

„Protest gehört dazu – und erst recht in einer Krise“

Der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion gab der schleswig-holsteinschen Landeszeitung (sh:z Dienstagsausgabe, 04.05.2021) das folgende Interview.

Die Fragen stellte Dieter Schulz:

Herr Rossa, wie begegnen Sie als Landtagsabgeordneter Menschen auf der Straße, die gegen die Corona-Politik protestieren?

Jan Marcus Rossa: „Ich höre den Menschen zu und nehme ihren Protest grundsätzlich ernst. Ich finde es gut, wenn Menschen nicht schicksalsergeben die Corona-Politik über sich ergehen lassen, sondern diese kritisch begleiten. Und seien wir ehrlich, die Entscheidungen zahlreicher Gerichte machen doch deutlich, dass viele Menschen mit ihrer Kritik nicht falsch gelegen haben. Protest gehört dazu und erst Recht in einer Krise wie der aktuellen. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern und öffentlich kund zu tun. Kritik an der Corona-Politik mag den Regierenden nicht gefallen. Trotzdem haben sie diese Meinungsfreiheit jederzeit im Rahmen unserer Gesetze zu gewährleisten.“

Die Unzufriedenheit mit der Pandemiebekämpfung durch Bund und Länder eint Anhänger aller politischen Strömungen bis hin zu den Extremen. Ist der Verfassungsschutz da das richtige Instrument?

Jan Marcus Rossa: „Ich glaube, der Verfassungsschutz kann sogar einen Beitrag zur Gewährleistung der Meinungsfreiheit leisten, wenn er redliche Menschen davor schützt, dass ihre Veranstaltungen und Versammlungen von Extremisten unterwandert werden. Aber natürlich darf eine Beobachtung nicht dazu führen, dass unbescholtene und redliche Menschen ins Visier des Verfassungsschutzes geraten. Hier ist Fingerspitzengefühl notwendig. Ich sehe es deshalb auch sehr kritisch, wenn aus der Politik heraus die Forderung gestellt wird, Querdenker-Demonstrationen generell vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.“

Genauso bedenklich fand ich den Antrag der SPD-Fraktion im Sommer 2020 im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Verschwörungserzählungen zu stoppen. Ich habe schon damals in der Plenardebatte die Frage aufgeworfen, was das Ziel eines solchen Antrags sein soll. Ich habe auch davor gewarnt, dass die Politik mit solchen Anträgen den Eindruck erwecken könnte, sie wolle den Menschen vorschreiben, was zu denken erlaubt ist. Das endet, wenn man nicht aufpasst, in einer Meinungsdictatur, wo sich Menschen aufgrund des politischen Drucks nur noch trauen, das zu sagen, was der Mehrheitsmeinung gefällt.

Das ist gefährlich für unsere Demokratie und ein solcher Eindruck schürt am Ende sogar die Gefahr einer weiteren Radikalisierung. Ich erinnere daran, dass der Staat auch unangenehme und möglicherweise sogar spinnerte Meinungen zu tolerieren und zu schützen hat, solange keine Verbotsgesetze verletzt werden.“

Politischer Protest ist durch das Grundgesetz geschützt. Was soll ein unzufriedener Bürger tun, wenn neben ihm Extremisten demonstrieren?

Jan Marcus Rossa: „Hier liegt ohne Frage eine der großen Herausforderungen, wenn uns die Meinungsfreiheit wichtig ist. Das ist kein wirklich neues Problem und begleitete viele Demonstrationen in den vergangenen Jahrzehnten. Ich glaube, dass wir redliche Bürger nur vor einem Unterwandern von Demonstrationen durch Extremisten schützen können, wenn Veranstalter und Versammlungsbehörden aktiv und vertrauensvoll zusammen arbeiten. Kein Veranstalter muss es dulden, dass seine Demonstration durch Extremisten missbraucht wird. Und der Staat ist meines Erachtens verpflichtet, den Veranstalter vor Unterwanderung zu schützen. Das wird aber nur gemeinsam gehen.“

Anders sieht es allerdings dann aus, wenn der Veranstalter selbst Extremisten eine Plattform geben will, weil er zum Beispiel Vertreter extremistischer Gruppierungen als Redner auftreten lässt. Solche Veranstaltungen werden dann keineswegs unterwandert oder missbraucht, sondern verfolgen ganz offen auch extremistische Ziele. Hier muss sich ein jeder selbst fragen, ob er sich mit solchen Radikalen gemein machen und deren Extremismus durch Anwesenheit unterstützen will.“



Mai 2021

Jan Marcus Rossa, MdL
Innen- und rechtspolitischer Sprecher,
FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Kontakt zur Fraktion:

FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Tel.: (0431) 988-1480

Email: info@fdp.ltsh.de

Web: www.fdp-fraktion-sh.de